



# Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1.— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Petitzeile 20 Pfennig, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

**Inhalt:** Mitteilungen des Verbandsvorstandes. — Zum Parteitag in Leipzig. — Was ist ein Rechtsstaat? — Wirtschaftliche Rundschau. — Rundschau. — Literatur. — Versammlungskalender. — Adressenveränderungen. — Anzeige.

**Beilage:** Die Lohnbewegungen, Streiks und Ausfährungen im Jahre 1908. — Korrespondenzen (Breslau, Erfurt, Hannover, Magdeburg, Plauen i. V., Stuttgart).

## Mitteilungen des Verbandsvorstandes.

Für die Woche vom 3. bis 9. Oktober ist die Beitragsmarke in das 40. Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

Um den Ortskassierern die pünktliche Abrechnung an die Hauptkasse zu ermöglichen, ersuchen wir etwaige mit Beiträgen im Rückstande befindlichen Mitglieder dringend, ihre Beitragsreste umgehend zu begleichen.

Mitglieder, die mehr als 4 Beitragsreste haben, verlieren ihre Ansprüche auf jede Unterstützung. Die Verwaltungen sind gehalten, solche Mitglieder, die über die zulässige Zeit hinaus restieren, aus der Mitgliederliste zu streichen.

Die statistischen Karten sind von den Verwaltungen bis spätestens den 8. Oktober einzulenden.

**Der Verbandsvorstand.**  
S. A. Paula Thiede, Vorsitzende.

## Zum Parteitag in Leipzig.

Der Verlauf des Leipziger Parteitages der deutschen Sozialdemokratie hat den Gegnern der Arbeiterbewegung eine arge Enttäuschung bereitet. Die bürgerlichen Parteien, die sich durch den Steuerraub, genannt „Finanzreform“, um den letzten Rest von Sympathien im deutschen Volk gebracht haben, erwarteten, daß ihre verbrecherische Politik auf ein Weilschen in Vergessenheit gerät, wenn die Dreimillionen-Partei von inneren Wirren zerfessen, verhindert ist, die momentane, politische Situation für sich auszunutzen. Hatte es doch vor Beginn der Tagung den Anschein, als würden sich die unerquicklichen und z. T. recht überflüssigen Auseinandersetzungen in der Parteipresse auf den Parteitag verpflanzen und Dresden umfegigen Angelegenheiten würde eine zweite Auflage erleben. Daß die Delegierten des Parteitages den Gegnern die Möglichkeit genommen haben, über „Spaltungsphänomene“, „unüberbrückbare Gegensätze“ und dergl. mehr zu triumphieren und im Trüben zu fischen, ist erfreulich — aber ebenso selbstverständlich.

Daß es überhaupt möglich ist, daß unsere Gegner solche Hoffnungen laut werden lassen, ohne dem Fluge der Sacherlichkeit zu verfallen, daran tragen diejenigen extremen Programmwächter die Schuld, welche fast alljährlich vor dem Zusammentritt der Parteitage förmliche Redegerichte vorbereiten gegen diejenigen, die versuchen, neue Gedanken, neue Ideen in die Bewegung zu bringen.

Jede Mücke wird zum Elefanten gemacht und wehe dem, der nicht aufs Jenseits des Zukunftsstaates warten will und Vorschläge macht, wie man dem kapitalistischen Gegenwartsstaate irgendwelche Abschlagszahlungen abringen kann. Dadurch werden nicht allein die Gegner in die Lage versetzt, mit den inneren Zerrwürfen der Partei krebsten zu gehen, sondern auch die eigenen Massen werden unruhig und an denen irre, die manchmal nichts anderes zu tun wissen, als sich gegenseitig mit theoretischen Spitzfindigkeiten zu bombardieren.

Wenn auch in Leipzig die Gemüter manchmal hart aufeinanderplakten, so ist es doch mit Genugtuung zu begrüßen, daß dies nur bei ziemlich untergeordneten Fragen der Fall war. Und darüber kann man zur Tagesordnung übergehen. Jedenfalls haben die Verhandlungen über die Reichsfinanzreform bewiesen, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nicht nur klug gehandelt hat, als sie in der zweiten Lesung für die Erbschaftssteuer stimmte, sondern sie hat als einzige Partei dem Empfinden des deutschen Volkes Rechnung getragen, daß auch die Besitzenden zur Tragung der Steuerlasten herangezogen werden. Und dafür muß ihr Dank gezollt werden. Mit der Beschlußfassung über den Schnapsbottott ist der Kampf gleichzeitig gegen Junkertum und Volksverdrummung in praktische Bahnen gelenkt worden, und es steht zu erwarten, daß die Arbeiterchaft die neue Waffe mit Kraft und Energie benutzt, um ihren Unterdrückten empfindliche Wunden zu schlagen.

Auch die Behandlung der Reichsversicherungsordnung hat positive Resultate gezeigt. Die hierzu gehaltenen Referate und die im Nachfolgenden wiedergegebenen Resolutionen beweisen, daß es der Arbeiterchaft erst ist mit dem Bestreben, die sozialpolitische Gesetzgebung sich nicht rückwärts entwickeln zu lassen, sondern vorwärts zu treiben. Die Wege sind gewiesen. Und wenn sich auch die Macht haben sträuben werden, sie zu beschreiten, den Ansturm der Volksbewegung werden sie auf die Dauer nicht standhalten können. Inbezug auf die Unterstützung der Kaiser-Ausgesperrten sind die Abmachungen, welche zwischen Generalkommission und Parteivorstand getroffen wurden, akzeptiert worden.

Alles in allem kann die Arbeiterchaft, speziell die gewerkschaftlich-organisierte, von dem Verlauf des Leipziger Parteitages aufrieben sein. Mögen uns für die Zukunft unangenehme Begleitererscheinungen erspart bleiben, dann brauchen wir nicht erst besonders zu betonen: „Partei und Gewerkschaften sind eins.“

### Resolution zur Reichsversicherungsordnung:

Der Parteitag hält unter Betonung der Grundsätze, die bereits in den Beschlüssen des Parteitages zu München 1902 und des internationalen Kongresses zu Amsterdam 1904 zum Ausdruck gebracht sind, eine umfassende und gesicherte Fürsorge für alle gegen Lohn und Gehalt beschäftigten, sowie diesen sozial gleichgestellten Personen durch reichsgesetzliche Zangsversicherung für unbedingt notwendig. Die bestehende Arbeiterver-

sicherung ist unzureichend und genügt den berechtigten Ansprüchen der Arbeiterklasse bei weitem nicht.

Die Vereinheitlichung (organische Verbindung) der bisherigen Arbeiterversicherung, unter voller Selbstverwaltung durch die Versicherten, ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine gesunde Reform der Arbeiterversicherung.

Der vom Reichsamt des Innern veröffentlichte Entwurf einer Reichsversicherungsordnung erfüllt die berechtigten Ansprüche der Arbeiter nicht. Er bringt neben einigen kleinen Verbesserungen (Ausdehnung des Kreises der versicherungspflichtigen Personen, Witwen- und Waisenversicherung) erhebliche Verschlechterungen der Rechte der Versicherten.

Der Parteitag fordert:

- A. Für alle Versicherungszweige.
  1. Volles Selbstverwaltungsrecht für die Versicherten, das sich auf das ganze Gebiet der Verwaltung der Versicherungsträger, das Aufsichts-, Beschlus-, Spruch- und Schiedsverfahren erstreckt und das sich aufbaut auf das aktive und passive Wahlrecht aller Versicherten ohne Unterschied des Geschlechts.
  2. Wahl der in der Arbeiterversicherung tätigen Vertreter der Versicherten und der Arbeitgeber in direkter und geheimer Wahl auf Grund des Proportionalwahlsystems.
  3. Übernahme der Kosten für die Versicherungsbedürfnisse auf das Reich, die Einzelstaaten und Gemeinden.
  4. Erhöhung der Einkommensgrenze für die Versicherungspflicht auf 5000 Mk.
  5. Einheitlichkeit des Rechtsweges, Zuständigkeit des Reichsversicherungsamtes als höchste Aufsichts- und Rekursinstanz.
  6. Ausdehnung der reichsgesetzlichen Bestimmungen in bezug auf das Selbstverwaltungsrecht, das gleiche, geheime und direkte Wahlrecht, sowie in bezug auf den gegenseitigen Anrechnungszwang der Beitragsseiten und Siderung der erworbenen Anrechte auf die landesgesetzlichen Knappschafts-Pensionskassen und die freiwillig errichteten Werks- und Fabrik-, Alters- und Pensionskassen.
- B. Für die einzelnen Versicherungszweige.

### I. Krankenversicherung.

1. Zentralisation der Krankenversicherung, gemeinsame Ortskrankenkassen für die Städte, Bezirkskrankenkassen für die Landgemeinden unter Aufhebung der übrigen Krankenkassenformen, soweit sie sich nicht auf die Gewährung ergänzender Krankenunterstützung beschränken.
2. Aufrechterhaltung des bisherigen Selbstverwaltungsrechts, unter Beseitigung der beschränkenden Bestimmungen.
3. Ausgestaltung der Fürsorge für die Versicherten und ihre Angehörigen, auch in bezug auf die Verhütung von Krankheiten, insbesondere:

- a) eine Schwangerchaftsunterstützung auf die Dauer von 8 Wochen vor der Geburt;
- b) eine Wöchnerinnenunterstützung auf die Dauer von 8 Wochen nach der Geburt, beides in der vollen Höhe des durchschnittlichen Tagesverdienstes;
- c) freie Gewährung der Hebammendienste und bei Schwangerchaftsbeschwerden freie Gewährung der ärztlichen Hilfe;
- d) Gewährung dieser Leistungen an die Ehefrauen der Versicherten.

4. Den Krankenkassen ist das Recht einzuräumen, Vorschriften zur Verhütung von Krankheiten zu erlassen und die Durchführung dieser, sowie auf Grund der Gewerbeordnung erlassenen Bestimmungen zu überwachen.

5. Gleichstellung der landwirtschaftlichen Arbeiter, der Dienstboten, Hausgewerbetreibenden und Wanderarbeiter mit den gewerblichen Arbeitern.

## II. Unfallversicherung.

1. Ausdehnung der Versicherungspflicht auf alle Arbeiter und Angestellten, die gegen Lohn oder Gehalt beschäftigt sind, sowie auf die Selbstständigen im Kleinergewerbe und in der Hausindustrie.

2. Bei der Berechnung der Entschädigung für die durch Betriebsunfälle zu Schaden gekommenen Versicherten ist der volle Jahresarbeitsverdienst in Anrechnung zu bringen, und voller Schadenersatz zu leisten. Die Witwenrente ist auf 33% Proz. zu erhöhen.

3. Die Entschädigungspflicht ist auszudehnen auf alle Unfälle, die den Versicherten auf dem Wege zur Betriebsstelle und von dort nach Hause zustoßen. Ferner sind die Gewerbestrafen in gleicher Weise wie die Betriebsunfälle zu entschädigen.

4. Bei der Ermittlung des Unfallvorganges und bei der Rentenfestsetzung ist den Versicherten eine Mitwirkung einzuräumen durch gewählte Vertreter aus ihren Kreisen.

5. Die Entschädigungspflicht der Träger der Unfallversicherung hat vom Tage des Unfalles an zu beginnen.

6. Entschiedene Zurückweisung der Bestimmungen in dem Entwurf der Reichsversicherungsordnung, wonach für den Fall, daß der Verletzte einen höheren Verdienst erlangt als vor dem Unfall, die Rente ruht oder entsprechend gekürzt wird, oder der Verletzte die ihm von dem Träger der Versicherung gebotene Arbeit annehmen muß. Die Erwerbsbeeinträchtigung ist zu bemessen unter Berücksichtigung der Arbeitsfähigkeit des Verletzten in seinem Beruf.

7. Ablehnung der Bestimmung des Entwurfs, daß eine Rente von 20 Proz. der Vollrente für einen bestimmten Zeitabschnitt gewährt und Renten in diesem Umfang von dem Träger der Versicherung durch einmalige Abfindung abgelöst werden können.

8. Die Ausländer, die in inländischen Betrieben Unfälle erlitten haben, sind in ihren Rentenansprüchen den Reichsangehörigen gleichzustellen.

## III. Invalidenversicherung.

1. Die Versicherungspflicht ist auszudehnen auf alle gegen Lohn oder Gehalt Beschäftigten, und diesen sozial und wirtschaftlich gleichgestellten Personen, deren Jahresarbeitsverdienst 5000 M. nicht übersteigt.

2. Alle privaten Ersparnisinstitute sind zu verbieten.

3. Jede Beitragsklasse hat den vollen Jahresarbeitsverdienst des Versicherten zu erfassen. Die Zahl der Beitragsklassen ist entsprechend zu erhöhen.

4. Die Invalidenrente ist zu bewilligen, wenn der Versicherte nicht mehr in der Lage ist, in seinem Beruf die Hälfte des Lohnes eines gleichartigen Vollarbeiters zu erwerben. Die Rente muß mindestens ein Drittel des versicherten Jahresarbeitsverdienstes betragen. Sie ist zu steigern:

- a) durch Steigerungsätze infolge der Dauer der Versicherung;
- b) bei höherer Erwerbsunfähigkeit;
- c) Hilflosen, die besondere Pflege bedürfen, ist der volle versicherte Arbeitsverdienst als Rente zu bewilligen.

5. Die Altersrente ist entsprechend der Invalidenrente zu erhöhen. Sie ist allen Versicherten, die bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres die Unwarschaft anrechterhalten haben, zu bewilligen, ohne daß ein Nachweis über die Beschäftigung aus der Zeit, die vor Eintritt der Versicherungspflicht liegt, erbracht wird. Die Aufrechterhaltung der Unwarschaft soll erleichtert und die Wartzeit verkürzt werden.

6. Das Heilverfahren ist für die Versicherten und deren Angehörige obligatorisch zu machen und sind die Krankenkassen zu verpflichten, alle für ein Heilverfahren geeigneten erscheinenden Krankheitsfälle der Versicherungsanstalt anzuzeigen.

7. Während der Dauer des Heilverfahrens ist in hinreichender Weise für die Angehörigen zu sorgen.

## IV. Hinterbliebenenversicherung.

1. Witwenrente ist allen Witwen der Versicherten zu gewähren in der Höhe von mindestens 20 Proz. des versicherten Jahresarbeitsverdienstes des Verstorbenen. Invaliden Witwen ist die Rente auf 33% Proz. zu erhöhen.

2. Für jedes hinterbliebene, unter 16 Jahre alte Kind ist eine Witwenrente, ebenfalls in der Höhe von mindestens 20 Proz. des versicherten Jahresarbeitsverdienstes des Verstorbenen zu gewähren.

3. Bei mehreren Kindern findet die Gesamtrente ihre Grenze, sobald sie die Höhe von 100 Prozent des versicherten Jahresarbeitsverdienstes des Verstorbenen erreicht hat.

4. Uneheliche Kinder sind den ehelichen gleichzustellen. Den ehelichen Müttern sind die Mütter unehelicher Kinder gleichzustellen, wenn deren Unterhalt größtenteils von dem Verstorbenen bestritten worden ist.

5. Den Hinterbliebenen eines Ausländers, die zur Zeit seines Todes im Inland nicht ihren gewöhnlichen Wohnsitz haben, steht ein Anspruch auf Hinterbliebenenrenten zu.

## Resolution zur Maiseier:

„Zur Vorbereitung der Maiseier an allen Orten, möglichst zu Beginn des Jahres, eine Kommission einzusetzen, für die zu gleichen Teilen das Gewerkschaftsstatut und die Parteioorganisation ihre Vertretung bestimmen. Den Vorsitzenden wählt die Kommission selbst.“

Die Kommission hat die Aufgabe, unter Berücksichtigung der beruflichen und örtlichen Verhältnisse und der Bestimmungen der gewerkschaftlichen Organisationen sowie der Beschlüsse des Parteitages, für eine würdige Feier Sorge zu tragen. Die in Aussicht genommene Feier darf an keinem anderen Tage als am 1. Mai stattfinden.

Bei Ausperrungen infolge der Maiseier kann den davon betroffenen Arbeitern eine Unterstützung gewährt werden, und darauf haben die politisch wie auch die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Anspruch.

Zur Unterstützung der Ausgesperrten sollen für größere zusammenhängende Wirtschaftsgebiete Bezirksfonds gebildet werden. Die Abgrenzung der Bezirke erfolgt unter Zustimmung der in Frage kommenden Orte. Die für die Unterstützung nötigen Mittel sind von der Parteioorganisation und den Gewerkschaften in dem Bezirk, in dem die Ausperrung erfolgt, durch freiwillige Beiträge und Sammlungen aufzubringen.

Orte, deren Angliederung an einen Bezirksfonds untunlich ist, haben in gleicher Weise am Orte einen Fonds zu bilden, aus dem die am Orte Ausgesperrten zu unterstützen sind.

Bedarf es eines solchen Fonds am Orte oder im Bezirk nicht oder reichen die Mittel eines solchen Fonds zur Unterstützung der Ausgesperrten nicht aus, so sind die erforderlichen Aufkosten von der Parteioorganisation und den Gewerkschaften, denen die Ausgesperrten angehören, zu decken. Der Anteil, den jede dieser Organisationen zur Deckung der Aufkosten der Ausperrung aufzubringen hat, wird nach der Zahl der diesen Organisationen angehörenden Ausgesperrten berechnet. Anspruch auf Unterstützung aus den Zentralfonds der Partei und Gewerkschaften haben die Ausgesperrten nicht. Erheben die Gewerkschaften im Anschluß an die Ausperrungen Lohnforderungen, so haben sie die Unterstützung der Ausgesperrten allein zu übernehmen.“

## Was ist ein Rechtsstaat?

Ein Rechtsstaat, wird jeder Unbefangene antworten, ist ein Staat, in welchem jeder Staatsangehörige ein gewisses Recht hat, oder besser gesagt, in welchem Jedem sein Recht gesetzlich gewährleistet ist, wo Garantie vorhanden, daß bei der Rechtsprechung nicht mit zweierlei Maß gemessen wird, nicht nur dem Einzelnen, sondern auch den Parteien gegenüber, gleichviel welche Richtung dieselben verfolgen. Schön gesagt!

Gibt es aber einen solchen Staat? Nein! Wird der Bessimist antworten. (Und die Bessimisten haben in der Regel recht.) Es gibt leider keinen solchen Staat! Ist denn Deutschland, welches an der Spitze der Kulturstaaten zu stehen vorgibt, kein Rechtsstaat? Nein! Deutschland ist, und das können wir mit Fug und Recht behaupten, weder das eine noch das andere, und an der Hand von Beweisen wollen wir wenigstens nach der einen Richtung hin diese Behauptung auf ihre Wahrheit prüfen. Seit dem 15. Mai 1908 haben wir das Reichs-Vereins-Gesetz, eine zweifelhafte Ruhmesstat des seligen Bocks. An diesem Ruhm darf der damalige sowie der heutige Reichsfürst, Herr v. Bethmann-Hollweg teilnehmen. Gerade dieser Herr ist es gewesen, der damals alle Bedenken der Parteien durch Erklärungen und Versprechungen

über die lokale Handhabung des Gesetzes durch die unteren Verwaltungsbehörden beseitigt hat. Herr v. Bethmann-Hollweg ist heute Minister-Präsident, aber trotzdem geht die diktatorische Ausführung und Anwendung einzelner Paragraphen des Gesetzes lustig weiter, wozu unsere Parteigenossen und Gewerkschaftsführer eine reichliche Sammlung zur Verfügung haben müssen. Es ist wirklich Zeit, daß Herr v. Bethmann-Hollweg einmal an seine damaligen Erklärungen und Versprechungen ernsthaft erinnert, resp. von zuständiger Seite zur Rede gestellt wird.

So klar die Bestimmungen des Reichs-Vereins-Gesetzes auch sind, können sich doch die unteren Verwaltungsbehörden nicht daran gewöhnen, daß sie eine Genehmigung weder zu versagen, noch zu erteilen, daß sie kein Recht zu erlauben, noch zu verbieten, sondern nur eine vorchriftsmäßige Anmeldung zu bescheinigen haben. Sie brauchen weder den Redner noch die Tagesordnung zu wissen. Aber gerade hierdurch machen die Herren Amtsvorsteher usw. meistens die „Genehmigung“ einer Versammlung abhängig. Wer gibt ihnen das Recht dazu?

§ 5 des Gesetzes spricht nur von einer Anmeldepflicht und nicht von Angabe der Redner- oder Tagesordnung und ist hierüber eine kostenfreie Bescheinigung, nicht „Genehmigung“, zu erteilen. Selbst bei Versammlungen unter freiem Himmel ist die Angabe der Tagesordnung nicht nötig, aber eine Genehmigung einzuholen, die nur dann verlangt werden kann, wenn eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten ist. Hier liegt der Hund begraben. Hier sucht ein Polizeigewaltiger den anderen besonders auf dem Gange an Willkür zu übertreffen, hier glaubt jeder der Herren sich für berufen, Gesetz und Recht nach eigenem Ermessen zuschneiden zu dürfen, um auf diese Weise den Staat, und sei es nur auf ein paar Tage, zu retten, allerdings nur bei sozialdemokratischen Veranstaltungen. Es soll damit nicht gesagt sein, daß wir wünschen, daß bei anderen Parteien ebenso diktatorisch vorgegangen werden soll, sondern wir verlangen eine vorchriftsmäßige Handhabung und Auslegung des Gesetzes für Alle, und hierzu gehören Leute, die den Sinn des Wortlautes dieses Gesetzes in sich aufgenommen haben, und eine Garantie bieten, unparteiisch darnach zu verfahren. Wer das aus Unkenntnis nicht kann, oder aus Eigensinn und eingefleischter Parteilichkeit nicht will, dem soll von oben herab angedeutet werden, daß dadurch nur Haß und Erbitterung in die Massen hineingetragen wird, und daß er gut daran tue, den Polizeirock mit einem weniger verantwortungsvollen Kleidungsstück zu vertauschen, vielleicht mit einem Schlafrock.

Man ist sonst nicht gewöhnt, daß sich Amtsvorsteher oder gar Bürgermeister um Leben und Gesundheit der Arbeiter kümmern, nur bei sozialdemokratischen Versammlungen wird solch rührende Fürsorge geschenkt zur Begründung des Versammlungsverbotes, und hierin erfreuen sich die Arbeiter in der Provinz Schlesien einer besonderen väterlichen Fürsorge. Es würde viel Raum notwendig sein, um alle die lächerlichen Genehmigungs-Verweigerungen hier anzuführen, nur einige besonders schöne Blüten dieses umfangreichen Bußetts sollen hier erwähnt werden.

In dem einen Falle sollten die Versammlungs-Teilnehmer von der Scharlachgefahr verschont bleiben, weil vor Monaten ein Kind an Scharlach erkrankt war, lag die Gefahr der Ansteckung nahe. In einem anderen Falle war der Versammlungsort von 2500 Quadratmetern viel zu klein, ein weiteres Mal lag die Gefahr eines Scheunenbrandes vor. Jedenfalls wollte man hier die Uebereinstimmung der Farbe der Sozialdemokraten mit der des Feuers nicht vor Augen geführt sehen. In Zentmannsdorf wurde die Versammlung nicht genehmigt, weil eine 3 Meter breite und 5 Meter lange Brücke sich als zu schwach erwies, die Massen hinüber zu tragen, trotzdem täglich viele Kohlenfuhrten, je bis zu 60 Zentner schwere darüber hinwegrollen, ohne daß diese Brücke ein Zeichen ihrer Schwäche merken läßt. Zum Schluß sei noch erwähnt, daß der Vogel in dieser Beziehung der Herr Amtsvorsteher in Erdmannsdorf i. N. abgeschossen hat, unter der Be-



gründung, daß die Versammlung von Sozialdemokraten einberufen ist, und voraussichtlich über Sozialdemokratie gesprochen werden wird, was nicht gestattet ist. Eine Beschwerde beim Landrat hatte wohl Erfolg, doch konnte die Versammlung nicht abgehalten werden, weil dem Grundbesitzer, einem abhängigen Manne, mit dem Bezugsbesitzer des Brotkorbes gedroht wurde. Dieser, der Not gehorchend, hat in letzter Stunde sein Grundstück zur Abhaltung der Versammlung verweigert.

Mit diesen und anderen Chikanen wird einer bestimmten Gruppe von Staatsbürgern ihr Versammlungsrecht illusorisch gemacht, und da haben wir wohl mit unserer eingangs erwähnten Behauptung, daß Deutschland kein Rechtsstaat ist, den Beweis dafür erbracht.

Preußen-Deutschland ist ein Klassenstaat in des Wortes weitestgehender Bedeutung, in dessen Inneren sich als drastischer Beweis ein Polizeistaat breit macht, dem wiederum eine, nach Millionen zählende Partei auf Gnade und Ungnade überliefert ist.

Es ist daher wirklich an der Zeit, daß Herr v. Bethmann-Hollweg die unteren Polizei-Organen einmal auf den Probierstein nimmt, um zu erforschen, wer von denselben fähig ist, die eigentliche Bedeutung des Reichs-Vereins-Gesetzes in sich aufzunehmen, und frei von jeder Parteilichkeit nach Recht und Gesetz zu handeln. — Viele dürften das nicht sein.

A.

## Wirtschaftliche Rundschau.

**Erhöhung des Zinsfußes der Reichsbank. — Diskonterhöhung und Arbeitsmarkt. — Die Dividendenpolitik der Aktiengesellschaften.**

Daß die Reichsbank schon jetzt eine Diskonterhöhung von  $\frac{3}{4}$  auf 4 Proz. vornimmt, ist eine befremdliche Erscheinung. In dem Bericht, der über die Sitzung des Reichsbankdirektoriums vom 18. September in der Presse verbreitet wird, sind als Gründe für die Notwendigkeit einer Diskonterhöhung angegeben: die steigende Tendenz des Privatdiskonts, die voraussichtliche starke Inanspruchnahme der Bank am Ende des laufenden Quartals, das Bedürfnis, den Barvorrat der Bank zu schützen und endlich die beträchtliche Ausdehnung des Börsengeschäfts in letzter Zeit. Diese Gründe mögen für die Diskonterhöhung mitbestimmend gewesen sein, aber sie sind nicht vollständig. Vor allem sei einmal darauf hingewiesen, daß schon vor der Diskonterhöhung der offizielle Zinsfuß in Deutschland über den Sägen in Brüssel, Paris und London stand, daß im Ausland die Lage des Geldmarktes keine Heraushebung des Zinsfußes erfordert, obwohl auch dort die Ansprüche an die Notenbanken wieder in der Zunahme begriffen sind. Wieso besteht gerade für Deutschland die Notwendigkeit einer Diskonterhöhung in einem Jahre, das sich im allgemeinen durch besondere Geldfülle auszeichnet? Liegt das einzig und allein an den starken Ansprüchen von Industrie und Handel? Ist vielleicht nicht auch zu wenig Wert darauf gelegt worden, den Gelbvorrat der Reichsbank mehr zu stärken, als es geschehen ist? Sind ferner nicht auch die Beziehungen der Reichsbank zum Reichsfiskus ein Moment, das der Reichsbank die Erfüllung ihrer hauptsächlichsten Aufgabe erschwert? Und ist es richtig, daß für die größeren Ansprüche der Börse die übrige Geschäftswelt gewissermaßen büßen soll, indem schon wieder der Kredit verteuert wird? Wir wollen diese Fragen keineswegs in der einen oder anderen Weise hier zur Entscheidung bringen, aber sie drängen sich dem Beobachter unwillkürlich auf, da, offenkundig, eine Diskonterhöhung im laufenden Jahre nicht ohne Bedenken ist.

Auch vom Standpunkte des Arbeitsmarktes ist die Diskonterhöhung eine recht wichtige Angelegenheit. Denn wenn wir die Wirkungen einer Diskonterhöhung verfolgen, so können wir zum mindesten den wahrscheinlichen Einfluß auf den Arbeitsmarkt feststellen. Durch die Diskonterhöhung wird zunächst der gesamte Kreditverkehr, und zwar nicht nur um die Rate der offiziellen Diskonterhöhung, sondern darüber hinaus verteuert. Das beeinflusst in einer Zeit der Erholung, wie der jetzigen, ebenso die Warenherstellung wie den Warenmarkt ungünstig. Wenn die Verteuerung im einzelnen Fall auch keine große Rolle spielt, so beeinträchtigt sie doch auf der einen Seite die Gekostungsstellen, auf der anderen Seite aber führt sie zu der Neigung, die Warenpreise zu erhöhen. In beiden Fällen wird die Lage des Arbeiters tangiert. Auch der Arbeitgeber

seinen Kredit teurer bezahlen und doch, wie gegenwärtig, darauf sehen, so billig wie möglich zu arbeiten, so wird er die Mehrbelastung infolge des höheren Diskonts auf andere Weise wieder einzubringen suchen. Er wird sich namentlich gegen jede andere Steigerung der Gekostungsstellen, zu der er nicht direkt gezwungen wird, möglichst ablehnend verhalten; ja, er wird, wo er kann, an ihnen zu sparen versuchen. Das geschieht aber einmal an der Lohnsumme, die er für seinen Betrieb ausgibt, sodann aber dadurch, daß er die Rohmaterialien und sonstige Betriebsstoffe billig zu erstehen sucht und damit wieder einen Druck auf die Lohnsumme in anderen Betrieben ausübt. Auf der anderen Seite sucht aber der Warenhandel, namentlich im Verkehr mit dem Konsum, die Belastung aus der erhöhten Diskont auf die Warenpreise abzuwälzen, und so entsteht für die Konsumenten die Gefahr von Preisausschlägen. Wie im einzelnen Falle die Diskonterhöhung wirkt, ist ja schwer zu sagen, es sind immer die jeweiligen Verhältnisse noch in Betracht zu ziehen, aber daß die Höhe des Geldleihwertes auf den Preis der Ware Arbeitskraft und auf die Preise der Konsumgüter einwirken muß, das ist sicher. Wenn in Zeiten aufsteigender Konjunktur, wo alle wirtschaftlichen Kräfte wieder in voller Entfaltung begriffen sind, die Diskontschraube angezogen wird, da wirkt die Verteuerung des Geldes nicht störend, da auch schon die Gegenkräfte genügend stark sind, um einen Ausgleich herbeizuführen. Aber wenn schon im Stadium der Erholung der Geldmarkt wieder eine unnatürliche Verteuerung zeigt, so gleicht diese Erscheinung einem Maifrost, der unter Umständen auf die Entwicklung der jungen Sprossen hemmend und teilweise sogar vernichtend einwirken kann.

Es kommt aber auch ein anderes Moment hinzu, das eine Diskonterhöhung in letziger Zeit unerfreulich erscheinen läßt. Verteuert sich der allgemeine Geldsatz, so übt dies auf die in der Industrie, in Handel und im Gewerbe investierten Kapitalien entweder die Wirkung aus, daß sich eine Entwertung vollzieht, oder daß die Vergütung eine höhere wird. Uns verschiedener Gründe ist nicht anzunehmen, daß das Kursniveau eine Einbuße erfährt, vielmehr wird das Bestreben dahin gehen, die Verzinsung der angelegten Kapitalien zu verbessern. Die Dividendenpolitik der Aktiengesellschaften vor allem wird in dieser Richtung beeinflusst werden, und sie wirkt dann vorbildlich für die Gewinnbemessung in allen anderen gewerblichen Betrieben. Auch hierdurch wird aber wiederum der Anteil der Arbeit am Produktionsertrag beeinträchtigt. Daß im laufenden Jahre schon wieder auf eine höhere Gewinnrate hingearbeitet wird, das sieht man z. B. schon an der Dividendenpolitik der Aktiengesellschaft Phoenix. Selbst an der Börse hatte man kaum eine Dividende erwartet, die über 7 Proz. für das Geschäftsjahr 1908/1909 hinausging. Als gar von einer Prozentigen Dividende verlautete, da waren die Aktien sehr begehrt. Der Abschluß selbst aber ergibt sogar zur Ueberraschung der Börse und der meisten Aktionäre eine Prozentige Dividende. Nun ist ja aus den Ziffern der Bilanz nicht zu ersehen, welche Einnahmen die Gesellschaft aus dem Verkauf ihrer Erzeugnisse erzielt hat, zu welchen Preisen die Vorräte aufgenommen sind, wieviel überhaupt Vorräte vorhanden sind; es ist daher unmöglich, aus einer genauen Kenntnis der einschlägigen Verhältnisse heraus an der Dividendenpolitik der Phoenix-Aktiengesellschaft Kritik zu üben. Aber daß nach den pessimistischen Berichten über das Eisen- und Stahlgewerbe, besonders aber über die Phoenix-Gesellschaft sich jetzt plötzlich ein ganz überraschend befriedigendes Ergebnis herausstellt, das hängt doch eng mit dem Bestreben zusammen, die Wertsteigerung am Kapitalmarkt möglichst zu beschleunigen. Das ist aber eine forcierte und keine gesunde Politik. Für den Arbeitsmarkt und für den Volkshaushalt wäre es nicht erfreulich, wenn diese Politik noch durch eine Verteuerung des Geldmarktes begünstigt würde. Wenn auch der Prozeß der wirtschaftlichen Erholung nicht gerade aufgehalten würde, so wäre doch bei der noch so sehr starken Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt die Besserung der Einkommensverhältnisse der Arbeiterbevölkerung recht fühlbar erschwert.

Berlin, 19. September 1909.

Rich. Calwer.

## Rundschau.

**Aus Karlsruhe.** Eine kürzlich von der Agitationskommission unserer Karlsruher Zählstelle angenommene Statistik gibt einen Einblick in das Organisationsverhältnis an diesem Orte, gleichzeitig aber auch eine Uebersicht über das Tätig-

keitsfeld, das nach der Bearbeitung durch die Zeitung der Zahlstelle harret. Es wurden 32 Buchdruckereien, eine Steindruckerei und 7 gemischte Betriebe, also insgesamt 40 für uns in Frage kommende Firmen gezählt. In diesen werden 300 Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt; und zwar 220 im Buchdruck und 80 im Steindruck. Von diesen 300 gehören zur Zeit 125 = 42 Proz. der Organisation an. Davon sind wieder 115 = 52 Prozent aus dem Buchdruck und nur 10 = 12,5 Prozent aus dem Steindruck. Es stehen somit unseren 125 organisierten Kollegen und Kolleginnen 175 unorganisierte gegenüber. Diese Zahlen zeigen uns, daß wir in Karlsruhe noch ein großes Arbeitsfeld vor uns haben. Dieses zu bearbeiten muß nun Aufgabe der gesamten organisierten Kollegenschaft sein. Unsere organisatorische Tätigkeit war in diesem Sommer eine überaus rege. Die Agitationskommission, die aus 3 vom Ausschuss bestimmten Kollegen besteht, hat alles daran gesetzt, um unsere Zahlstelle vorwärts zu bringen. Wenn uns dies nicht in der erhofften Weise gelungen ist, so liegt es an dem so schwer zu überwindenden Indifferentismus unter den Hilfsarbeiterinnen, bei denen der gewerkschaftliche Gedanke nur schwer Eingang findet. In den Buchdruckereien sind es diejenigen, die gerne bereit sind, die Zulagen, welche wir beim Abschluß unseres Tarifes erlangen haben, einzustechen, aber einen wöchentlichen Beitrag an den Verband zu zahlen finden sie nicht für notwendig. Trotzdem in den Steindruckereien die niedrigsten Löhne bezahlt werden und die schlechtesten Verhältnisse herrschen, finden die Arbeiterinnen nicht den Weg zur Organisation. Hinzu kommt noch die große Fluktuation, so daß dieselben Personen höchstens 3-4 Wochen in einer Druckerei beschäftigt sind. Vergessen darf auch nicht werden, daß von den gelerntten Berufskollegen, den Buch- und Steindruckern, eine Unterstützung unserer Bestrebungen nur schwer zu erlangen ist. Würde von dieser Seite mehr in agitatorischem Sinne gehandelt, könnte es bedeutend besser sein. Bei einem Teil unserer organisierten Kollegen scheint auch die Ansicht plaggegrißen zu haben, daß es nach dem Tarifabschluß nicht mehr notwendig ist, an dem Ausbau unseres Verbandes weiter mitzuarbeiten, und daß nunmehr alle Verbesserungen von allein kommen; daß diese Ansicht falsch ist, haben so mancherlei Vorformnisse der letzten Zeit bewiesen. Es wurden Maßregelungen wegen der Zugehörigkeit zum Verband vorgenommen, tarifwidrige Bezahlung und Nichtbeachtung der allgemeinen Bestimmungen lassen sich die Prinzipale zu schulden kommen und auch das innerzeit gegebene Versprechen, nach zweijähriger Tarifdauer den älteren Kollegen eine Zulage zu gewähren, wurde nicht gehalten. Ja, man belag sogar die Unzufriedenheit, Hilfsarbeitern, die schon 10 und 20 Jahre in einem Betriebe tätig sind, auf ihr Zulagenrecht zu erklären, wenn ihnen der Lohn nicht genügt, können sie gehen.

Kollegen und Kolleginnen! Alles das angeführte sollte uns zu denken geben, die Gleichgültigkeit muß verschwinden und an ihre Stelle muß regeres Leben für den Verband treten. Die Mitgliederversammlungen müssen besser besucht werden, denn nur dort ist es uns möglich, durch geeignete Vorträge und Diskussionen die Gedanken der Kollegenschaft auf die Verhältnisse in unserem Berufe zu lenken und sie von der Notwendigkeit der Gewerkschaftsbewegung zu überzeugen. Durch rege Agitation, die jeder einzelne entfalten kann, müßte es uns gelingen, in kurzer Zeit die noch Fernstehenden für unsere Organisation zu gewinnen, denn nur die Stärke derselben bietet uns die Gewähr, daß die bereits errungenen Positionen gegen die Angriffslüste der Unternehmer verteidigt und neue Verbesserungen geschaffen werden können. Darum an die Arbeit, Kollegen und Kolleginnen von Karlsruhe! Agitiert und organisiert, helft mit an dem Ausbau unserer Organisation, kämpft mit für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen!

**Schweden.** Da sich noch immer gegen 150 000 Arbeiter im Streik befinden, dürfen die Sammlungen zur Unterstützung der Ausständigen nicht nachlassen. Die von der Regierung eingesezte Vermittlungskommission konnte bis jetzt noch kein Resultat erzielen, und es ist zweifelhaft, ob bei der ganzen Aktion überhaupt etwas herauskommen wird, umso weniger, da die Stellungnahme der Regierung alles andere nur nicht arbeiterfreundlich genannt zu werden verdient. Es sollen Gesandtschaften für die gesetzliche Rechtfertigung der Tarifverträge von dem Justizminister ausgearbeitet werden, die der nächsten Reichstagsagung unterbreitet werden sollen. Da schon die Person des Justizministers dafür bürgt, daß die Entwürfe sich gegen die Arbeiterchaft richten werden, ist eine energische Gegenwehr derselben zu erwarten.

Die deutsche Arbeiterschaft wird nach wie vor ihre Pflicht tun, denn der Sieg der schwedischen Arbeitsschlichter ist auch ihr Sieg.

**Eine halbe Million für die Schweden.** Der über eine Million Mitglieder zählende internationale Metallarbeiterverband beschloß Montag, den 20. September, in einer außerordentlichen Vertreterversammlung in Berlin, dem im Kampfe befindlichen Eisen- und Metallarbeiterverbände in Schweden sofort 500 000 Mk. zur Verfügung zu stellen, und die Aufbringung weiterer Mittel durch Aufrufe an die angeschlossenen Landesverbände zu veranlassen.

Wegen jahrlässiger Körperverletzung erfolgte wieder eine Bestrafung zu 10 Mk. Geldstrafe in einem ähnlichen Falle, wie wir ihn in voriger Nummer mitteilten. Am 6. Mai hatte der Rotationsarbeiter S. ohne Auftrag und ohne das vorgeschriebene Warnungssignal zu geben eine Rotationsmaschine in Bewegung gesetzt, wodurch ein beim Papiereinziehen beschäftigt gewesener Kollege des Angeklagten eine Quetschung zweier Finger der rechten Hand erlitt. Entgegen den Aussagen der vernommenen Zeugen behauptete S. die Anforderung zum „dreh'n“ bekommen zu haben, jedoch mußte er zugeben, den üblichen Warnungsruf „Raus“ verlesen zu haben. Wegen dieser Fahrlässigkeit kam das Schöffengericht zu obigem Urteil. Als sehr unglücklich müssen wir die Verteilungsweise des Verurteilten bezeichnen, der, um seine Unaufmerksamkeit zu beschönigen, in der Voruntersuchung zu Protokoll gab, daß der zu Schaden gekommene Kollege ein nachlässiger Arbeiter wäre, worauf der Unfall zurückzuführen sei. Wir glauben vielmehr, daß S. sehr glimpflich weggegangen ist und es nur dem Umstande anzuschreiben hat, nicht empfindlicher bestraft worden zu sein, weil das Gericht in der nicht allzu schweren Verletzung einen Milderungsgrund erblickte. Jedenfalls sei auch dieser Fall allen unseren Kollegen eine Warnung, bei ihrer gefährlichen Tätigkeit nie die notwendige Ruhe und Aufmerksamkeit außer Acht zu lassen.

**Den Stand des Arbeitsmarktes im kommenden Winter** kennzeichnet die Arbeitsmarktkorrespondenz wie folgt: „Im Jahre 1908 war der gewerbliche Beschäftigungsgrad sehr schwach; die Beschäftigtenzahl nahm gegen 1907 nicht zu, sondern sogar ab. Daraus erklärte sich der ungewöhnliche Umfang der Arbeitslosigkeit im letzten Winter. Im laufenden Jahre nimmt nun der Beschäftigungsgrad und damit auch die Beschäftigtenzahl wieder recht erfreulich zu. Aber diese Steigerung genügt nur gerade, um dem Neuangebote des laufenden Jahres Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Sie ist aber nicht groß genug, um auch die aus dem Jahre 1908 noch vorhandenen freien Arbeitskräfte in Stellung zu bringen. Schon aus der jetzigen Höhe des Arbeitsandranges kann man auf den wahrscheinlichsten Anstieg in den Wintermonaten schließen. Derselbe wird nicht viel hinter dem Winter 1908 zu 1909 zurückbleiben. Selbst wenn die Belegung im Herbst auch den Arbeitsmarkt günstig beeinflusst und eine Besserung gegen 1908 bringen sollte, wird der unerfreuliche Verlauf der Wintermonate nicht zu verhindern und nur wenig abzumildern sein.“

**Ueber die Zahl und die Ausdehnung der Arbeitgeberverbände im Deutschen Reich** hat das Kaiserl. Statistische Amt im Frühjahr d. J. Erhebungen veranstaltet. Danach umfassen die beiden großen Zentralverbände 38 644 Mitglieder mit 2 438 142 bei ihnen beschäftigten Arbeitern; davon hat der Verein deutscher Arbeitgeberverbände, Berlin, 32 500 Mitglieder mit 1 450 000 Arbeitern und die Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände, Berlin, 6144 Mitglieder mit 988 142 Arbeitern. Von den sonstigen Reichsverbänden sind die bedeutendsten: der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe, Berlin, mit 20 930 Mitgliedern und 250 000 Arbeitern, der Hauptverband deutscher Arbeitgeberverbände im Malergewerbe, Berlin, mit 19 300 Mitgliedern und 53 000 Arbeitern, der Verein deutscher Tapfiserwaren-Großfabriken, Berlin, mit 70 Mitgliedern und 50 000 Arbeitern, der deutsche Buchdruckerverein, Leipzig mit 4776 Mitgliedern und 48 468 Arbeitern, der Verband deutscher Steinmetzgeschäfte, Berlin, mit 750 Mitgliedern und 40 000 Arbeitern, der Verband der deutschen Schuh- und Schäftefabriken, Bamberg, mit 388 Mitgliedern und 30 000 Arbeitern.

Der Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse zu Berlin fördert die arbeitenden Frauen auf, sich diesem Bildungsverein anzuschließen. Er tagt jeden ersten und dritten Mittwoch im Monat im „Neuen Klubhaus“, Romandanten-

straße 72, und hat für diesen Winter unter anderem folgendes Programm aufgestellt: Am 6. Oktober: „Der Maler Hans Thoma und seine Stellung in der modernen Kunst“. (Mit Lichtbildern.) Referent: Dr. Max Isborn. Am 20. Oktober beginnt ein Zyklus von fünf Vorträgen über: „Theorie und Praxis der Erziehung“. Referent: Heinrich Schulz. 20. Oktober: „Zur Geschichte des Erziehungswesens“. 3. November: „Theoretische Grundbegriffe und Hilfsmittel der Erziehung“. 17. November: „Die häusliche Erziehung“. 1. Dezember: „Die öffentliche (Schul-) Erziehung“. 15. Dezember: „Erziehung und Sozialismus“. Am Sonntag, den 5. Dezember, veranstaltet der Verein nachmittags 3 Uhr im großen Saale des Gewerkschaftshauses für die Kinder der Berliner Arbeiterschaft einen Märchennachmittag. Im Anschluß daran erfolgt die Eröffnung der Ausstellung von Jugendliteratur. Am 29. Dezember: Weihnachtsfeier mit Kindern.

**Die Gefahren der Arbeiter der Celluloid-Industrie.** Schon des öfteren ist die Öffentlichkeit erschreckt worden durch die furchtbaren Verluste an Menschenleben, verursacht durch Brände in Celluloidfabriken. So traf auch wie ein Blitzschlag die zivilisierte Welt die Nachricht, daß am 6. Juni v. J. wiederum durch den Brand in der Celluloidwarenfabrik von Gebrüder Sessler in Wien 17 meist jugendliche Menschenleben in wenigen Minuten vernichtet waren. Dieses Unglück veranlaßte die zuständige Organisation, in dieser Frage Untersuchungen anzustellen. Das Resultat ist ein wahrhaft erschütterndes.

Zunächst wurden auch die interessierten Verbände der Holz-, Fabrik- und Buchbinderei-Arbeiter um Mitarbeit ersucht. Die Feststellungen ergaben folgendes Resultat: Innerhalb der letzten Jahre fanden in der Celluloid-, Stroh- und Kamm-Industrie, unter Zinsrechnung einer Ofenfabrik wie der Rohstofffabrik in Eilenburg 11 Brände statt, bei denen teils Menschenleben vernichtet wurden, teils körperlichen Schaden erlitten oder in Lebensgefahr schwebten. Insgesamt fanden hierbei 34 meist jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen ihren jämmerlichen Flammentod. 20 Beteiligte sind körperlich geschädigt, haben Wochen und Monate in Krankenhäusern zubringen müssen und sind teilweise dauerndem Siechtum verfallen. Circa 200 schwebten in Lebensgefahr. Für die Gefährlichkeit solcher Celluloidbrände nur folgendes Beispiel: In einer Kammfabrik war in wenigen Minuten der Ausgang durch Flammen verperlt, und 50 Menschenleben haben dem Tod ins Auge. Nur der Besonnenheit einiger war es zu danken, daß doch Rettung durch den Fahrstuhlschacht möglich war. In dieser Industrie sind im ganzen Reiche

2600 Personen beschäftigt, sodaß man sagen kann, auf je 10 Arbeitskräfte entfällt ein Geschädigter. Hinzu kommen noch eine große Zahl Brände, über die genauere Angaben nicht gemacht wurden.

Wir haben uns demgegenüber vergeblich nach einer energiegelassen Stellungnahme der Reichsregierung um. Es sind wohl in den letzten Jahren dahingehende Veränderungen im Bezirk Leipzig, Gießen, Mittelfranken, Lippe, Anhalt, Meissen und Darmstadt erlassen worden, welche aber den gerechtfertigten Forderungen der Arbeiter um Schutz für Leben und Gesundheit keineswegs entsprechen. Von einer Konferenz der Vorstände der vorgenannten Zentralverbände hat nun unterzeichnete Kommission den Auftrag, in der Frage weitere Schritte zu unternehmen. Wir richten hiermit an alle Interessenten das Ersuchen, über etwaige Verordnungen oder sonstige Erlasse in Bezug auf die Celluloidbrandgefahr der Kommission Mitteilung zu machen. Alle Zuschriften erbitten wir zu richten an den Deutschen Holzarbeiter-Verband, Central-Kommission der Stroh- und Kamm-Industrie. Ebmann: Zul. Hilbrandt, Rixdorf, Schloßwerstraße 6, 3 Tr.

## Literatur.

**Arbeiter-Jugend.** Aus dem Inhalt der soeben erschienenen Nr. 18 heben wir hervor: Die Jugend auf dem Parteitage. — Schnapsbott. — Was mich denken lehrte. Von Paul Rudolf. — Affe und Mensch. Von M. S. Baega. — Gespensterglaube und Tatenkult. Von G. Eckstein. — Leidenschaft des Lehrlings. — Aus der Jugendbewegung. — Vom Kriegsschauplatz usw.

**Beilage:** Am Strid. Gedicht von Ludwig Reffen. — Die Spizin. Erzählung von Marie v. Ebner-Eschenbach. — Vom Lesen. — Der Hofpoet. Gedicht von H. Thurow. — Ein Selb. Von Edgar Schenewald. — Bücher für die Jugend. — Dort wie hier. Gedicht von Hoffmann von Fallersleben.

## Versammlungskalender.

**Breslau.** Von Montag, den 4. Oktober, ab finden die Zahlende von 7 bis 9 Uhr statt.

## Adressenveränderungen.

**Mes.**

Vorsitzender: Léon Dubrenil, Quenlen-Weh, Rheinischestr. 125.

**Blauen i. B.**

Kassierer: Joseph Panzer, Dobenaufstr. 13.

# Orts-Krankenkasse für das Buchdruckgewerbe zu Berlin.

## Wahl der Vertreter zur Generalversammlung.

Nach §§ 44 und 45 des Kassenstatuts besteht die Generalversammlung aus Vertretern der Kassenmitglieder und der Arbeitgeber.

Die Kassenmitglieder haben die Vertreter aus ihrer Mitte in einem Wahlgange zu wählen, während die zu Beiträgen verpflichteten Arbeitgeber auch Geschäftsführer oder Betriebsbeamte zu Vertretern wählen und in der Wahlversammlung sich durch solche vertreten lassen können.

Für 1909/1910 sind zu wählen:

von den Kassenmitgliedern 235 Vertreter,  
von den Arbeitgebern 112

Die Wahl der Vertreter der Kassenmitglieder findet am

**Sonntag, den 17. Oktober cr., vormittags präc. 10<sup>1</sup>/<sub>2</sub> — 11<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr**

**im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15**

statt. (Um 11<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr wird der Wahlakt geschlossen.)

Der Vorstand ladet zu zahlreicher Beteiligung hierdurch ergebenst ein.

Wahlberechtigt und wählbar sind nur diejenigen Kassenmitglieder, welche großjährig und im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sind.

Zur Legitimation dient das Quittungsbuch bezw. die Quittungskarte und werden die Herren Druckerei-Kassierer gebeten, selbige den oben aufgeführten Mitgliedern behufs Teilnahme an der Wahl auszuhandigen.

Ohne Quittungsbuch bezw. Quittungskarte ist die Teilnahme an der Wahl ausgeschlossen.

Die Arbeitgeber wählen ebenfalls in ungeteilter Wahlversammlung am

**Donnerstag, den 14. Oktober cr., abends 8 Uhr**

**im Papierhaus (Baugewerbe-Saal), Dessauerstraße 2**

und ladet der unterzeichnete Vorstand ebenfalls zu zahlreicher Beteiligung ein.

Berlin, den 22. September 1909.

**Der Vorstand der Orts-Krankenkasse für das Buchdruckgewerbe zu Berlin.**

J. Blenz, Vorsitzender.

Otto Wornitzki, Schriftführer.



# Beilage zur „Solidarität“

Nr. 40.

Berlin, den 2. Oktober 1909.

15. Jahrgang.

## Die Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1908.

### I. Die Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung.

Der Umfang und Erfolg der Bewegungen zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen wird in erster Linie bestimmt durch die Stärke und Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften. Mit der zunehmenden Ausdehnung der Gewerkschaften mehrte sich naturgemäß auch die Zahl der Lohnarbeiter, die in Erkenntnis ihrer Klassenlage bestrebt sind, sich eine höhere Lebenslage zu erringen. Und diese Bestrebungen werden in um so größerem Maße von Erfolg begleitet sein, je stärker die finanzielle Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften ausgebaut ist.

Ohne Zweifel wird aber auch der Vollzug von Bewegungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen erheblich beeinflusst durch den jeweiligen Stand der wirtschaftlichen Konjunktur. Mit dem Aufsteigen der letzten wirtschaftlichen Prosperitätsperiode, die zugleich im Zeichen beständig steigender Lebensmittelpreise stand, wuchs von Jahr zu Jahr die Zahl und der Umfang der stattgefundenen Bewegungen, die im Jahre 1906, dem Jahre der höchsten Produktionsentfaltung, ihren Höhepunkt erreichten. Mit dem im Jahre 1907 einsetzenden wirtschaftlichen Niedergang trat auch ein Rückschlag in der Zahl der Bewegungen ein. Dieser Rückschlag kommt für das Jahr 1908 noch erheblicher zum Ausdruck als es im Jahre 1907 der Fall war. Kein Wunder! — Wurde doch das Jahr 1908 gekennzeichnet durch die tiefste Kurve des wirtschaftlichen Niederganges, welcher eine geradezu erschreckende Arbeitslosigkeit zur Folge hatte.

Während die Zahl der Bewegungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen eine starke Abnahme erfahren hat, ist andererseits die Zahl der Bewegungen gestiegen, die entstanden sind, um eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen abzuwehren. Ein deutlicher Beweis dafür, daß die Arbeitgeber das Jahr der wirtschaftlichen Krisis in erhöhtem Maße benutzten, um die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Es zeugt von dem wachsenden Einfluß der Gewerkschaften, daß es diesen nicht allein möglich war, die Verschlechterungen erfolgreicher zurückzuweisen zu können als im Krisenjahr 1901, sondern noch darüber hinaus, trotz der ungünstigsten Verhältnisse, Erfolge in bezug auf die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen.

Die Zahl der Bewegungen ohne und mit Arbeitseinstellung beträgt im Jahre 1908 5837. Im Jahre 1907 fanden dagegen 8059 Bewegungen statt. Es ist demnach ein Rückgang in der Zahl der Bewegungen von 2216 = 27,5 Proz. eingetreten. Doch ist die Zahl der Bewegungen noch höher als im Jahre 1905, welches 5659 Bewegungen aufwies.

In 3607 Fällen = 63,7 Proz. vollzogen sich die Bewegungen ohne Arbeitseinstellung und waren daran 449 434 Personen beteiligt.

Von den Bewegungen ohne Arbeitseinstellung blienten 3059 mit 401 334 Beteiligten der Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen. 548 Bewegungen mit 43 100 Beteiligten wurden veranlaßt durch beabsichtigte Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen seitens der Unternehmer. Die Zahl der Angriffsbewegungen ist gegenüber dem Jahre 1907 um 1742 = 36,3 Proz. und die Zahl der daran beteiligten Personen um 106 394 = 21,0 Proz. zurückgegangen. Dagegen ist die Zahl der Abwehrbewegungen um 282 = 106 Prozent und die Zahl der daran beteiligten Personen um 30 593 = 174,7 Proz. gestiegen.

Die Angriffsbewegungen endeten in 1655 Fällen = 54,2 Proz. mit 122 981 Beteiligten =

30,6 Proz. erfolgreich, in 939 Fällen = 30,7 Proz. 168 495 Beteiligten = 42,0 Proz. teilweise erfolgreich und in 372 Fällen mit 91 156 Beteiligten erfolglos. 83 Bewegungen waren am Jahreschluß nicht beendet und von 10 Bewegungen blieb der Ausgang unbekannt. Diese 93 Bewegungen zählten 18 702 beteiligte Personen. Von den 548 Abwehrbewegungen war der Ausgang in 435 Fällen = 79,3 Proz. mit 36 491 Beteiligten = 75,8 Proz. erfolgreich, in 52 Fällen = 9,5 Proz. mit 3205 Beteiligten  $\frac{1}{4}$  6,7 Proz. teilweise erfolgreich und in 61 Fällen mit 8404 Beteiligten erfolglos. Sowohl die Angriffs- wie auch die Abwehrbewegungen endeten im Jahre 1908 ungünstiger als in dem Vorjahre. Immerhin ist zu berücksichtigen, daß die Erfolge dieser Bewegungen auch im Jahre 1908, trotz der ungünstigen wirtschaftlichen Konjunktur, außerordentlich große sind, demgegenüber die erfolglosen Bewegungen doch nur eine untergeordnete Rolle spielen.

An den Bewegungen ohne Arbeitseinstellung waren 50 Verbände beteiligt. Die Ausgabe betrug 79 637 Mk.

### II. Die Arbeitskämpfe, ihre Ursachen und Verlauf.

Ungefähr in dem gleichen Verhältnis wie ein Rückgang der Bewegungen im allgemeinen eingetreten ist, hat sich auch die Zahl der im Jahre 1908 stattgefundenen Arbeitskämpfe — Streiks und Aussperrungen — gegenüber dem Jahre 1907 vermindert. Es fanden statt 2052 Arbeitskämpfe, dagegen im Jahre 1907: 2792. Das sind weniger 740 Kämpfe = 26,5 Proz. Die Zahl der an Arbeitskämpfen Beteiligten ist dagegen um 154 147 = 54,8 Prozent zurückgegangen (von 281 030 in 1907 auf 126 883 in 1908). Es entfielen danach im Jahre 1907 auf jeden Arbeitskampf 101 Beteiligte, 1908 dagegen nur 62 Beteiligte.

Von den 2052 Kämpfen waren Angriffstreiks 678 = 33,1 Proz., Abwehrstreiks 1117 = 54,4 Proz. und Aussperrungen 257 = 12,5 Proz. 1907 fanden statt: 1635 Angriffstreiks, 834 Abwehrstreiks und 323 Aussperrungen. Es waren beteiligt 1908 an den Angriffstreiks 30 187 Personen (1907: 142 944), an den Abwehrstreiks 36 120 Personen (1907: 33 348) und an den Aussperrungen 60 576 Personen (1907: 104 738).

Die Zahl der Angriffstreiks hat sich um 957 = 58,5 Proz. und die Zahl der daran beteiligten Personen um 112 777 = 21,1 Proz. vermindert.

Es war schon von vornherein zu erwarten, daß unter den ungünstigen Verhältnissen des Jahres 1908 die Angriffstreiks einen besonders starken Rückgang aufweisen würden. In solchen Zeiten sind die Chancen der Angriffskämpfe für die Arbeiter äußerst unsicher und die Kämpfe für die Arbeiter verlustreicher. Da ist es nur ein Gebot taktischer Klugheit, die Machtmittel der Organisation zu schonen, um sie in günstigeren Zeiten erfolgreicher zur Anwendung bringen zu können.

Von den 678 Angriffstreiks wurden 400 mit 17 368 Beteiligten geführt, um Lohnerhöhungen zu erreichen. Um Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnhöhung wurden 177 Streiks mit 6826 Beteiligten geführt. Um Verkürzung der Arbeitszeit allein fanden 12 Streiks mit 351 Beteiligten statt. Von den Angriffstreiks insgesamt endeten 312 = 46,0 Proz. mit 10 843 Beteiligten = 35,9 Proz. erfolgreich, 175 Streiks = 25,8 Proz. mit 9813 Beteiligten = 32,5 Proz. hatten teilweisen Erfolg und 166 Streiks mit 8910 Beteiligten waren erfolglos. 4 Streiks waren am Jahreschluß nicht beendet und von 21 Streiks blieb der Ausgang unbekannt.

Gaben die Angriffstreiks eine starke Verminderung erfahren, so hat die Zahl der Abwehrstreiks eine enorme Steigerung erfahren, die nur von den Krisenjahren 1901 und 1902 noch übertroffen wurde. 1907 fanden statt 834 Streiks, dagegen

1908: 1117. Das ist eine Vermehrung um 283 Streiks = 33,9 Proz. In dieser hohen Zahl der Abwehrkämpfe kommt die Sucht der Unternehmer zum Ausdruck, während der Zeit einer wirtschaftlichen Krise das Lebensniveau der Arbeiter heruntersubriden.

Nicht in dem gleichen enormen Verhältnis ist die Zahl der an den Abwehrstreiks Beteiligten gestiegen. Die 1907 geführten Streiks wiesen 33 348, dagegen die Streiks im Jahre 1908: 36 120 Beteiligte auf. Die Beteiligungsziffer ist also nur um 2772 = 8,3 Proz. gestiegen. Wie aus diesem Zahlenverhältnis hervorgeht, waren im Jahre 1908 die Abwehrstreiks nicht so umfangreich als im Vorjahre.

Von den 1117 Abwehrkämpfen des Jahres 1908 wurden 573 mit 16 980 Beteiligten geführt um Zurückweisung von Lohnreduktionen. Wegen Maßregelung fanden statt 179 Streiks mit 5724 Beteiligten.

Ueberaus bezeichnend für unsere „herrliche Gesellschaftsordnung“ ist es, daß bei der erschreckenden Arbeitslosigkeit des Jahres 1908 noch 37 Streiks geführt werden mußten, um — eine Verlängerung der Arbeitszeit abzuwehren!

In 16 Fällen mußte gegen den vom Unternehmer verlangten Austritt aus der Organisation gekämpft werden. An diesen Streiks waren 458 Personen beteiligt.

Von den gesamten Abwehrstreiks endeten 525 = 47,0 Proz. mit 16 185 Beteiligten = 44,8 Proz. erfolgreich, 139 = 12,4 Proz. mit 6808 Beteiligten = 18,9 Proz. teilweise erfolgreich und erfolglos 410 = 36,7 Proz. mit 11 822 Beteiligten = 32,7 Proz. 26 Streiks waren am Jahreschluß nicht beendet und von 17 Streiks blieb der Ausgang unbekannt. An den letzteren 43 Streiks waren 1305 Personen beteiligt.

Getreu der bisher geübten Kampfsmethode hat das Unternehmertum auch im verfloßenen Jahre wieder zahlreiche Aussperrungen über die Arbeiterschaft verhängt, um diese seinem Willen gefügiger zu machen. Eine wesentliche Verschiebung in der Zahl der Aussperrungen zu den gesamten Kämpfen gegenüber den letzten Jahren hat jedoch nicht stattgefunden. In ungefähr dem gleichen Verhältnis, wie die gesamte Zahl der Kämpfe zurückgegangen ist, haben sich auch die Aussperrungsfälle vermindert. Es fanden statt 1908: 257 Aussperrungen mit 60 576 Beteiligten, dagegen 1907: 323 Aussperrungen mit 104 738 Beteiligten. Das ist eine Verminderung der Aussperrungsfälle um 66 = 20,4 Proz. und ein Rückgang der Beteiligungsziffer um 44 162 = 42,2 Proz.

Was diesem Kampfmittel des Unternehmertums erst seine eigentliche Bedeutung verleiht, ist die Zahl der Arbeiter, welche von solchen Maßnahmen betroffen werden. Geht doch die Taktik der Unternehmer dahin, die Aussperrungen möglichst umfangreich zu gestalten, um die Widerstandsfähigkeit der bei einem Kampf in Frage kommenden Gewerkschaft bald zu brechen.

Der Zahl der Beteiligten nach sind die Aussperrungen im Jahre 1908 im Verhältnis zu den gesamten Kämpfen erheblich umfangreicher vorgekommen worden als in früheren Jahren. Einen großen Anteil an dieser Steigerungsziffer haben besonders zwei Aussperrungen, von denen 20 190 Arbeiter der Werften betroffen wurden.

(Schluß folgt.)

### Korrespondenzen.

**Dreslau.** Außerordentliche Generalversammlung am 13. September. Vor Eintritt in die Tagesordnung setzte der Vorsitzende die Versammlung von dem Ableben des Kollegen Schmid in Kenntnis und betonte, daß der Verstorbenen mehrere Jahre Vorstandsmitglied gewesen sei und der Vor-

stand in ihm einen schätzbaren Mitarbeiter verloren hat. Die Versammlung ehrte das Andenken in der üblichen Weise. Hierauf erfolgte Verlesung des Protokolls, welches von der Versammlung genehmigt wurde. Der Kardinalpunkt der Versammlung war die Erhöhung des Ortsbeitrages, welches wohl auch die Ursache des guten Beschlusses war. Einige Redner glaubten, die am 26. Juli beschlossene Urabstimmung bemängeln zu müssen, oder gar für ungültig zu erklären, was ihnen aber nicht gelang. Der Vorsitzende war der Meinung, daß wenn 133 Mitglieder ihre Stimme abgegeben haben und davon nur 31 gegen die Beitragserhöhung waren, so ist das wohl ein erfreuliches Zeichen und kann sich die Zahlstelle zu dem Gelingen dieses gewagten Unternehmens nur gratulieren, und könne von einer nochmaligen Abstimmung keine Rede sein. Damit war die Angelegenheit erledigt. Für die kämpfenden schwebeligen Arbeitsbrüder bewilligte die Versammlung die vom Vorstand beantragten 30 Mk. Des weiteren teilte Kollege Abend mit, daß die Firma C. E. Wislott jede Verhandlung mit ihm betreffs Tarifeinführung abgelehnt hat, und auch das diesbezügliche Schreiben nicht beantwortet wurde, was kein Zeichen besonderer Höflichkeit sei. Herr Dr. Wislott hat aber auf Umwegen den Wunsch ausgesprochen, daß seine Arbeiterinnen selbst bei ihm vorstellig werden sollen. Diesem Wunsche ist am 3. September entsprochen worden und Herr Dr. W. lehnte die Anerkennung des Tariffs sowie seine Nebenbestimmungen und die Organisation im besonderen rundweg ab, was bei dem Ruf, den diese Firma ihren Arbeiterinnen gegenüber genießt, nicht anders zu erwarten war. Die Schuld an diesem augenblicklichen Mißerfolg tragen zunächst diejenigen dort beschäftigten Kolleginnen, die die Notwendigkeit der Organisation noch nicht einsehen wollen. Erst wenn alle dort organisiert sind, werden andere Verhältnisse platzgreifen. Es ist daher Aufgabe der bereits organisierten Kolleginnen, alles zu versuchen, die anderen für die Organisation zu gewinnen, damit der nächste Angriff bald unternommen werden kann, der vielleicht nicht so ohne weiteres abgeschlagen wird. In der nächsten Druckereiverammlung müssen alle erscheinen. Hierauf ersuchte Koll. Scholz die Anwesenden, in der nächsten Krankentassen-Versammlung recht zahlreich zu erscheinen, damit es auch den Hilfsarbeitern gelingt, etwas mehr Einfluss auf diese Kasse zu erlangen, was bei den Vertreterwahlen gut möglich ist. Koll. Müller machte auf das am 16. Oktober im Oppelner Schloßbräu vom Gesangsverein "Solidarität" veranstaltete "Weinlese-Fest" aufmerksam und ersuchte um regen Zuspruch. Hiermit war die Tagesordnung erledigt. Kollege Abend ließ in seinem Schlusswort erkennen, daß er mit dem Verlauf der heutigen Versammlung ganz zufrieden ist und ersuchte die Mitglieder, bei der nächsten statistischen Aufnahme mehr Sorgfalt zu verwenden, als bei der vorjährigen; besonders bei der Adressenangabe der Unorganisierten, da diese Adressen zur Hausagitation benutzt werden.

**Erfurt.** In Anwesenheit des Gauleiters Kollegen Schulz-Beipzig fand am 15. September unsere Monatsversammlung statt. Nach verschiedenen Mitteilungen des Vorsitzenden ergriff Kollege Schulz das Wort und besprach die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der graphischen Hilfsarbeiter. Anknüpfend an die Tarifbewegung in Halle a. S. erwähnte er die Anwesenheit, durch festen Zusammenhalt es auch für Erfurt zu ermöglichen, daß bald bessere Verhältnisse für die Kollegenchaft eingeführt werden können. Zum Schluss beauftragte die Versammlung den Gauleiter, bei der nächsten Gauleiterkonferenz zu beantragen, es möge der Verbandsvorstand dahin wirken, daß alle graphischen Organisationen sich zu einem Graphischen Kartell zusammenschließen. Eine am 24. September abgehaltene Betriebsversammlung brachte uns durch den Beitritt mehrerer Kolleginnen einen schönen Erfolg.

**Hannover.** Mitglieder-Versammlung am 14. September. Ueber den Arbeitsnachweis und seine Bedeutung, besonders für die Tariffrage, hielt Kollegin Thiede das Referat. Einleitend gab sie bekannt, daß sich im Gau 9 eine Anstellung nötig gemacht habe und hierzu vom Hauptvorstand der Kollege Spatzl bestimmt worden sei. Derselbe wird am 1. Oktober seine Stellung als Gauleiter antreten und könne dann seine ganze Kraft dem Verbande widmen. Weiter führte sie aus, daß Hannover schon vor Jahren 5 Pf. Lokalbeitrag für den Arbeitsnachweis erhoben habe, aber unter diesen Umständen, wie der Nachweis hier bestünde, hätte er keine Bedeutung und könne auch auf die Dauer nicht bestehen. In Beispielen aus anderen Orten, wo noch bedeutend schlechtere Verhältnisse waren wie hier in Hannover, stellte sie fest, daß

dort schon längst Arbeitsnachweise beständen zum Nutzen der Kollegenchaft und bedauert, daß es hier noch nicht möglich war, einen ordentlichen Nachweis zu schaffen. Der Tarif sei hier auch noch nicht einwandfrei eingeführt und könne dieses durch die Anstellung und den Nachweis vor allen Dingen geklärt werden. Leider melde sich die Kollegenchaft nicht bei jeder Unregelmäßigkeit und gerade hier müsse Abhilfe geschaffen werden. Auch Berlin könne die höheren Löhne auf den Arbeitsnachweis zurückführen. Durch die Anstellung des Koll. Sp. möchte die Nachweiseinführung in Erfüllung gehen. Denn in 2 Jahren läuft unser Tarif ab und wir haben uns daher schon im nächsten Jahre mit der Beratung eines neuen Tarifes zu beschäftigen, daher empfehle sie der Kollegenchaft, diesen Schritt zu tun und zum 1. Januar den Arbeitsnachweis einzuführen. Eher ginge es nicht, da Koll. Sp. erst am dem Gewerkschaftstisch, welcher vom 25. Oktober bis 2. Dezember stattfindet, teilnehmen soll. Im weiteren schilderte Koll. Thiede noch einige Kämpfe um die Nachweiseinführung in anderen Orten und schloß hierauf ihre mit Beifall aufgenommenen Ausführungen, indem sie folgende Resolution zur Annahme empfahl. „Die heute am 14. September im Ballhof tagende Versammlung hält die Zeit für geeignet, nunmehr einen Arbeitsnachweis in der Form einzurichten, wie ihn andere Tariforte ähnlicher Größe wie Hannover schon haben. Der Vorstand wird beauftragt, eine Berechnung über Einrichtung- und Unterhaltungskosten aufzustellen und diese der nächsten Versammlung zu unterbreiten. Die Errichtung des Arbeitsnachweises soll nicht vor dem 1. Januar 1910 erfolgen“. Koll. Dörschel erhebt Bedenken gegen die Anstellung, da die Ausgabe zu hoch wäre. Denn 20 Angestellte bei der geringen Mitgliederzahl wäre entschieden zu viel und führt das Verhältnis mit den Buchbindern an, die bei 22 000 Mitgliedern noch lange nicht so viel Beamte hätten, hieraus erkläre sich auch der schlechte Abschluß. Koll. Bobahl weist an Zahlen nach, daß der niedrige Ueberflus nur eine Folge der hohen Unterstützungssummen sei, welche bis jetzt ausbezahlt wären. Der schlechte Abschluß rekrutiere sich nur aus der schlechten Konjunktur. Der Zahlstelle koste es doch nichts als wie für den Nachweis einen Zuschuß, aber Nutzen hätten sie auf alle Fälle davon, denn er betrachte die Anstellung als Anlegung von neuem Kapital. Kollege Bismelmeier ist für den Nachweis, aber gegen eine Anstellung. Koll. Dampewolf I verspricht sich durch Hausagitation mehr Erfolge, auch hätten viel zu wenig Geschäftsversammlungen stattgefunden. Eine Anstellung sei daher noch nicht nötig. Koll. Riel spricht sich in zustimmendem Sinne aus. Koll. Spatzl ist der Meinung, daß die Prinzipale, wenn der Nachweis erst bestände, ihn auch benutzen werden, wenn die Kollegenchaft sich streng daran halte. Er gibt Aufklärung, warum nicht mehr Geschäftsversammlungen stattgefunden haben und befürwortet in seinen weiteren Ausführungen die Einführung des Arbeitsnachweises. Koll. Blumhof spricht sich gegen Nachweis und Anstellung aus, denn dieassenverhältnisse würden hierdurch noch schlechter abschließen. Uebrigens könne ein Beamter auch nicht alles allein machen. Vom Arbeitsnachweis verspreche er sich nicht viel. Der Hauptvorstand hätte erst Rücksprache mit uns nehmen können und nicht gleich mit fertigen Beschlüssen kommen. Unsere Lokalkasse könne keine Kosten mehr übernehmen. In ihrem Schlusswort kommt Koll. Thiede nochmals auf alle Ausführungen der Redner zurück und bedauert, daß die Kollegenchaft so kurzfristig sei, denn sie täten dem Hauptvorstand keinen Gefallen, sondern es sei ihr eigener Schade, den sie selbst zu tragen hätten. Nachdem nun noch zwischen Koll. Blumhof und Dampewolf I einerseits und dem Koll. Bobahl sowie Koll. Thiede andererseits eine ziemlich erregte Diskussion stattgefunden hatte, erklärte Koll. Sp., daß der Lokalbeitrag von 5 Pf. damals für den Nachweis erhoben wäre, nur weil er nicht benutzt wurde, sei er wieder aufgehoben, dadurch erkläre sich doch nur der Kasseeinstand. Die Krankenunterstützung sei erst voriges Jahr eingeführt und wenn man die Abrechnung genau verfolgte, dann könne man auch ruhig der Resolution zustimmen. Der Erfolg sei sicher ein guter und wenn die Mitglieder sähen, daß sie Vorteile davon hätten und es wäre dann notwendig, einen Zuschuß zu zahlen, so würden sie es auch tun, aber vorläufig sei das ja auch garnicht nötig. Hierauf wurde obige Resolution gegen 17 Stimmen angenommen. Nach Annahme der Resolution ersucht Koll. Spatzl die Kollegen welche gegen die Resolution gestimmt haben, sich den Beschluß der Versammlung zu eigen zu machen und ihre Kraft auch ferner der Zahlstelle zur Verfügung zu stellen.

**Magdeburg.** In der Generalversammlung am 12. September machte der Vorsitzende Mitteilung von der Verhängung des Bier- und Schnapsbottotts und ersuchte die Anwesenden um strikte Durchführung desselben. Ferner wies er auf sämtliche Veranstaltungen des Bildungsausschusses und auf den schwebeligen Generalfreik hin und gab der Erwartung Ausdruck, daß der von der Generalkommission ergangene Aufruf zur weiteren Unterstützung im vollen Maße befolgt wird. Einem entsprechenden Antrag des Verbandsvorstandes wurde zugestimmt. Die hierauf vorgenommene Vorstandswahl ergab folgendes Resultat: 1. Vorsitzender Paul Töpel, 2. Vorsitzender Fritz Junge, 1. Kassierer Max Otto, 2. Kassierer Beck, 1. Schriftführer Walter Kochmann, 2. Schriftführer Gustav Stoh, Beisitzerin Kollegin Paproth, Revisoren Richard Weizler und Hedwig Meyer. Nach Erledigung lokaler Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

**Planen i. B.** Am 7. September fand eine sehr gut besuchte Mitgliederversammlung statt, die bewies, daß nunmehr wieder der alte Stamm von Mitgliedern sich zusammengefunden hat und auch ein Teil neuer gewonnen wurde. Kollege Roth hielt einen ausgezeichneten Vortrag über die Entwicklung unserer Organisation, der mit großem Beifall aufgenommen wurde. Einige anwesende Buchdrucker beteiligten sich an der Diskussion und versprachen das gehörte in die Reihen der noch unorganisierten Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen zu tragen.

**Stuttgart.** Versammlung am 20. September. Nachdem der Vorsitzende 15 neu gewonnene Kolleginnen bewillkommen, verliest er zunächst ein Rundschreiben des V.-B. betreffend Abhaltung einer Gauleiterkonferenz wegen der Ueberflut und Ausprüche über die neuen Unterstützungseinrichtungen, sowie Beratung über Agitations- und Tarifbewegungsfrage. Hierauf berichtet Werner über den derzeitigen Stand des Kieselkampfes in Schweden. Er ermahnt, in dem Sammelkaiser nicht nachzulassen, da unsere Brüder und Schwestern im hohen Norden nicht allein für sich, sondern auch für uns kämpfen, darum sorgt dafür, daß die wadere Egar den Kampf fortführen kann bis zum vollen Sieg, der ja nicht mehr fern scheint! Denn ihr Sieg ist auch unser Sieg! Erfreulicherweise kann ja konstatiert werden, daß unsere Kollegenchaft wi/ bei allen letzten Sammlungen so auch jetzt wieder mit ihren Beiträgen im Verhältnis zur Mitgliederzahl um ein beträchtliches über dem Durchschnitt auch der gelehrten Arbeiter steht. Zeigt auch ferner, daß ihr eure Pflicht begriffen habt, gebt fleißig und gebt rasch, damit wir auch in der weiteren Sammlung mit Ehren bestehen. Der Beifall, den der Redner erntet, beweist, daß die Versammlung bereit ist, ihr Scherflein stets freudig beizusteuern. Als Ersatz für den aus der Verwaltung ausgeschiedenen Koll. Weizer werden gewählt: als 2. Vorsitzender und Kartelldelegierter Kollege Uhle, als Vertreter im Tarifschiedsgericht der bisherige Erbkammernheimisch, als Ersatz Koll. Mag. Als nächster Punkt wird die Lage des Steinbrudpersonals besprochen. In der Tarifbewegung hat sich noch nichts geändert. Die Prinzipale wollen ansehnend den Kleintrieb; wofür, sie sollen ihn haben. Zunächst muß darauf geachtet werden, daß es den Prinzipalen nicht gelingt, Arbeitskräfte unter den jetzigen Mindestlöhnen zu bekommen. Der bestehende alte Tarif wurde in Tausenden Exemplaren neugebdruckt und als Agitationsmaterial den sämtlichen Hilfsarbeitern und Arbeiterinnen zugestellt, damit alle ersehen können, was sie zu fordern haben. Noch weitere Vorschläge wurden dem Steinbrudpersonal erteilt, wie sie ihre Lage auch ohne Tarif verbessern können, oder wenigstens Verschlechterungen abzuwehren. Vor allen Dingen: Agitiert, organisiert eifrig alle diejenigen, die uns noch fernstehen, damit wir jederzeit bereit sind, Verschlechterungen abzuwehren. Nach § 5 Abs. c des Statuts werden vom Ortsvorstand zum Ausschluß vorgeschlagen, da dieselben trotz dreimaliger Warnung keine Antwort gaben: Wähliger Magdalene, Fischer Clara, Hamm Pauline, Kappner Babette, Landörs Karoline, Seeger Anna, Schneider Clara, Saile Franz, Schuster Heinrich, Spedmaier Christian. Der Ausschluß sämtlicher genannten Personen wird mit allen gegen 1 Stimme beschlossen. Möge dieses Exempel, das einmal statuiert werden mußte, anderen Rückständigen zur Warnung dienen. Nachdem der Vorsitzende die Anwesenden nochmals an die Arbeitsbrüder in Schweden erinnerte und auch um fleißige Agitation für die nächste Versammlung ersuchte, erfolgte Schluß der von gutem Kampfeifer erfüllten Versammlung.